

## Natürlich eine Nation

### 30 Jahre Wiedervereinigung und 150 Jahre Gründung des Deutschen Reiches: Warum uns das Selbstverständliche so schwerfällt

Dieter Stein

Es ist das Schicksal des 3. Oktober 1990, des Tags der deutschen Wiedervereinigung, daß die wenigsten mit ihm so starke Bilder und Emotionen verbinden wie mit dem Mauerfall am 9. November 1989. Den Vollzug der staatlichen Einheit empfinden wir in der kollektiven Erinnerung nur als bürokratischen Schlußpunkt.

Vor 30 Jahren stand ich mit Freunden auf der Wiese vor dem Reichstag. Es war ein kühler Abend unter einem wolkenlosen Nachthimmel. Hunderttausende hatten sich eingefunden vor dem Portal und erlebten den Moment, als die riesige „Fahne der Einheit“ von Sportlern aus beiden ehemaligen deutschen Teilstaaten emporgezogen und die Nationalhymne gesungen wurde. Das war ein sehr erhebender Augenblick, und für einen Moment konnte es so scheinen, als ob die Deutschen tatsächlich mit sich und ihrem Dasein im reinen wären.

Der Moment hielt nicht an. Sehr rasch hat sich gezeigt, wie schwer wir es mit uns haben. Was vor allem damit zusammenhängt, daß schon die Frage, ob es eine deutsche Geschichte, ein deutsches Schicksal, eine deutsche Nation gibt, umstritten ist.

Das hat vor allem mit einem Versagen der geistigen Führungsschicht zu tun. Auch wenn die Wiedervereinigung immer von einer Mehrheit der Deutschen bejaht wurde – bei Meinungsumfragen sprachen sich im Westen bis zu 80 Prozent dafür aus – unter den Medienmachern, den Intellektuellen, den Geistlichen, den Lehrern und Parteifunktionären war das Thema zu den Akten gelegt worden.

Man hatte sich mit der deutschen Teilung nicht nur arrangiert, ihr Zustand wurde sogar als historisch richtig, ja als Segen für Europa interpretiert. Endlich hatte sich die „verspätete Nation“ (Helmuth Plessner), das „ruhelose Reich“ (Michael Stürmer) erledigt. Das „Zeitalter der Nationalstaaten“ sei vorbei, echote mein Geschichtslehrer (CDU-Mitglied) an einem Gymnasium in Südbaden, als ich Mitte der achtziger Jahre dort Forderungen nach einer aktiven Deutschlandpolitik vortrug. Das in der Präambel des Grundgesetzes definierte zentrale Staatsziel der Wiederherstellung der Einheit der Nation wurde als eine anachronistische Utopie abgetan. Das westdeutsche Juste milieu hatte sich auf den bequemen Standpunkt gestellt, ein vereinigt Deutschland, das sowieso längst jenseits aller Vorstellungskraft sei, gefährde das friedliche Zusammenwachsen „Europas“, womit dessen westlicher Teil gemeint war.

Doch der Zusammenbruch des realexistierenden Sozialismus und der Aufstand der Deutschen in der DDR sorgte dafür, daß unsere Geschichte mit diesem Kapitel nicht

beendet wurde. Es hat wohl einen tieferen Sinn, daß der Tag der Wiedervereinigung mit dem Jubiläum der ersten deutschen Einheit fast zusammenfällt: der Gründung des Deutschen Reiches vor 150 Jahren, als nach dem Sieg über Frankreich 1871 der preußische König Wilhelm I. zum ersten Deutschen Kaiser proklamiert wurde.

Derselbe Kanzler Helmut Kohl, der einen Monat vor dem Mauerfall im Oktober 1989 noch gegenüber dem italienischen Ministerpräsidenten Andreotti beteuerte, die Deutsche Frage werde nicht gelöst „im Sinne des Nationalstaates von Bismarck“, stellte im Juli 1990 im Gespräch mit dem sowjetischen Präsidenten Michail Gorbatschow fest, es gelte im Sinne Bismarcks „den Mantel der Geschichte“ zu ergreifen und die Wiedervereinigung zu ermöglichen.

Mit seiner Reminiszenz an Reichskanzler Otto von Bismarck, den genialen Architekten des 1871 gegründeten Deutschen Reiches, hatte Kohl dann doch klargemacht, auf welchem Fundament unser Staatswesen steht. Dieses Fundaments sollten wir uns eigentlich in Würde erinnern. Aber davon ist keine Rede. Unter welcher historischen Amnesie wir leiden, zeigt sich auch daran, daß es kein offizielles positives Gedenken an 1871 geben wird. Kein anderes Volk kann uns hier verstehen, schon gar nicht die Franzosen. Denn es ist sinnlos zu leugnen, daß das wiedervereinigte Deutschland in der Nachfolge jenes Reiches steht, das Bismarck errichtet hat, was auch sinnbildlich darin zum Tragen kommt, daß der Bundestag im Reichstagsgebäude zusammenkommt. Nicht nur der starke Föderalismus, die Verfassung, sondern auch der Sozialstaatsgedanke und große Teile der Rechtsordnung gehen auf das Reich von 1871 zurück.

Auffällig oft ist in einem Land, das eine 40 Jahre währende Trennung durch den Eisernen Vorhang überwand, von der Sorge die Rede, es drohen „neue Spaltungen“, wird der Konsens, die Harmonie, die „Angleichung der Lebensverhältnisse“ beschworen. Woher kommt die deutsche Reserve vor gesunder politischer Polarisierung und kontroverser Debatte?

Dabei ist uns der Dissens in die Wiege gelegt: Die konfessionelle Spaltung infolge der Reformation Martin Luthers, des Schöpfers der deutschen Schriftsprache, mündete im deutschen Urtrauma des Dreißigjährigen Krieges. Die jahrhundertelange Unfähigkeit zu einer handlungsfähigen großen Einheit, die Zersplitterung in zahllose Kleinstaaten unter einem schwachen Kaiser. Immer wieder überrannt, besetzt, in konkurrierenden Koalitionen europäischer Mächte gegeneinander in Stellung gebracht.

Die napoleonische Okkupation provozierte Anfang des 19. Jahrhunderts die Modernisierung deutscher Länder. Die preußischen Reformen wurden zum Treibsatz der Emanzipation von Kleinstaaterei und feudaler Rückständigkeit. Aber Deutschland sei weiter rückwärtsgewandt, politisch im Gegensatz zu anderen Nationen impotent – allein souverän im „Luftreich des Traums“ – beklagte der patriotische Dichter Heinrich Heine den Hang zu sentimentaler Weltflucht in seinem Werk „Deutschland. Ein Wintermärchen“ kurz vor der demokratischen Revolution von 1848.

Letztlich reichte nicht Poesie und revolutionäre Schwärmerei. Notwendig war Politik als „Kunst des Möglichen“, wie sie nach Bismarck Staatsmänner beherrschen sollen. Helmut Kohl, der als Regierungschef viele gravierende Fehlentscheidungen zu verantworten hatte, begriff doch im entscheidenden Moment, daß ohne Zögern gehandelt werden und die Dinge zügig zu dem einzigen denkbaren Ende getrieben werden mußten: der Wiederherstellung Deutschlands in Frieden und Freiheit.

Das deutsche Problem bleibt nicht nur seine riskante geographische Mittellage, es ist der Nationalcharakter, der zwischen Extremen pendelt: zwischen Servilität und Anmaßung, zwischen Unterwerfung und Größenwahn. Es fehlen uns Maß und Mitte. Wie der britische Kriegspremier Winston Churchill meinte: „Man hat die Deutschen entweder an der Gurgel oder zu Füßen.“

Deutschland wurde zur Wiege zweier mörderischer totalitärer Weltanschauungen: Marxismus und Nationalsozialismus, die im Abermillionen Leben verschlingenden Versuch mündeten, einen Neuen Menschen zu schaffen. Auschwitz ist Ausdruck einer ideologisch begründeten maßlosen Hybris. Als Konsequenz daraus die Zerstörung und Überwindung der Nation als vermeintlicher Quelle des totalitären Wahns durchsetzen zu wollen, führt nicht zu Humanität, sondern zu erneutem Größenwahn. Der von Frankreich immer wieder gefürchtete „Koloß jenseits des Rheins“ (Jacques Bainville), er steht plötzlich wieder auf, wenn Deutschland, von solchem moralischen Rigorismus getrieben, den anderen europäischen Nationen in der Frage der Asyl- und Migrationspolitik mit einer Überheblichkeit entgegentritt, deren besondere unduldsame Anmaßung im eigenen negativen Geschichtsbild wurzelt.

Aber es gibt eine Alternative: Freuen wir uns der wiedergewonnenen Einheit und söhnen wir uns endlich mit dem Gedanken aus, eine Nation zu sein, die von Dauer ist.

## **Bereits gescheitert**

**EU und Zuwanderung: Der neue Migrationspakt könnte sich als Totgeburt erweisen**

**Michael Paulwitz**

Reichlich Zeit hat die EU-Kommission sich gelassen, um ihre Vorschläge zur Reform der europäischen Asyl- und Migrationspolitik vorzulegen. Herausgekommen ist dabei ein zwiespältiges Dokument, das widerstreitende Interessen auf einen gemeinsamen Nenner zu bringen versucht und sich schon deshalb als weitere Totgeburt erweisen könnte. Daß die Chancen auf Umsetzung des EU-Migrationspakts fraglich erscheinen, liegt indes nicht nur an seinem Bauchladencharakter, sondern wesentlich an der Unduldsamkeit des moralimperialistischen Sonderwegs der deutschen Migrationspolitik.

Frau von der Leyens Plan kann schwerlich leugnen, daß er in unmittelbarer Tradition zum berüchtigten UN-Migrationspakt steht. Wie dieser verfolgt auch sein EU-Gegenstück als Hauptziel den Übergang zu mehr geordneter, regelmäßiger und zahlenmäßig umfangreicherer Migration aus außereuropäischen Herkunftsländern in die westliche Welt.

Soweit bekannt hält der Entwurf an dem Ziel einer regulierten Verteilung ankommender Migranten auf alle EU-Länder fest und bekennt sich ausdrücklich zur Beteiligung an internationalen Programmen für legale Migration und Umsiedlung („Resettlement“). Das ist ein klares Signal der Einladung, das zweifellos dazu geeignet ist, die Millionen, die in Afrika und dem Nahen und Mittleren Osten bereits auf gepackten Koffern sitzen, noch stärker als bisher in Bewegung zu setzen.

Auf einen Mechanismus zur zwangsweisen Umverteilung von Asyl-Migranten auf sämtliche Mitgliedstaaten sehen von der Leyens Vorschläge – in realistischer Einschätzung des nach wie vor erbitterten Widerstands vor allem der mittel- und osteuropäischen Staaten gegen solche Eingriffe in die Souveränität – wohlweislich ab.

Vom Tisch sind diese Allmachtsphantasien damit natürlich nicht. Sie verstecken sich in einem undurchsichtigen Konstrukt aus finanziellen Anreizen für die „freiwillige“ Aufnahme sogenannter „Flüchtlinge“ und obligatorischen Mechanismen, bei denen jedes Land verpflichtet wäre, anderen Mitgliedstaaten beispielsweise durch Übernahme von Aufgaben beim „Migrationsmanagement“ oder von „Abschiebe-Patenschaften“ zu helfen.

Wie realistisch die Umsetzung einer derart komplizierten und abstrakten Regelung ist, sei dahingestellt. Für Österreich und die Visegrád-Staaten, die sich einem Verteilautomatismus am konsequentesten widersetzen, ist auch diese verwässerte Form der Quotenregelung eine Provokation, der sie sich nach Kräften entziehen werden.

Gleichwohl enthält der Vorschlagskatalog der EU-Kommission auch vernünftige Ansätze: umfassende Vorprüfung von Asylbewerbern schon an den EU-Außengrenzen zum Beispiel, um Sicherheits- und Gesundheitsrisiken auszuschließen und Identitäten eindeutig festzustellen.

Oder die Vermeidung längerfristiger unberechtigter Aufenthalte durch rasche Rückführung von Personen ohne Schutzanspruch in ihre Herkunftsländer, eine weitere Stärkung der EU-Grenzschutzbehörde Frontex einschließlich der Schaffung einer strategischen Eingreifreserve und die Verbesserung der sicherheitstechnischen Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten, um Migration besser zu kontrollieren.

Erkennbar ist das ein Signal an die Mittel- und Osteuropäer, um ihnen die Zustimmung zum – wenn auch abgespeckten – Verteilmechanismus erträglicher zu machen. Erste Reaktionen zum Papier der EU-Kommission aus den Visegrád-Hauptstädten,

beispielsweise aus Budapest, fallen denn auch nicht durchweg negativ aus. Um so wütender im Gegenzug der Protest von linken Politikern und Organisationen der Asyl- und Migrationslobby, denen der EU-Migrationspakt nicht weit genug geht, weil sie darin vor allem „Abschottungstendenzen“ erkennen, über die sie sich entrüsten.

Damit ist zugleich der große Konstruktionsfehler des Vorschlagskatalogs der EU-Kommission markiert: Ein Grundsatzkonflikt – auf der einen Seite das Konzept offener Grenzen und institutionalisierter, automatischer Migration, auf der anderen das Bestehen auf nationaler Souveränität und Kontrolle über die eigenen Grenzen und den Zuzug auf das eigene Staatsgebiet – läßt sich nicht dadurch zukleistern, daß man für jeden etwas in die Wundertüte packt und einen mühsam herbeigenötigten Formelkompromiß dann als einheitliche und gemeinsame Politik ausgibt.

Daß dafür eine tragfähige Basis fehlt, hat das Gezerre um die Evakuierung illegaler Migranten aus den griechischen Insellagern gezeigt, die mit Brandstiftung ihre schnellere Umsiedlung erpressen wollten: Für die Bundesregierung eine Frage von Gedeih oder Verderb der EU, die übrigen Mitgliedstaaten wollten nichts davon wissen. Obwohl sich der „Koalition“ der Willigen am Ende nur Luxemburg anschloß, beharrt die deutsche Politik unverdrossen auf einer „europäischen Lösung“. Deutsche Politiker drohen, wer sich der Zuteilung aufzunehmender Migranten verweigere, müsse „die Folgen spüren“, sprich: von Brüssel sanktioniert werden.

Dabei ist es gerade die großzügige deutsche Aufnahmepraxis und das hohe Versorgungsniveau der Sozialleistungen, das als Hauptmagnet für illegale Migration nach Europa wirkt. Zu Recht verweisen gerade osteuropäische Regierungen darauf, daß Migranten gar nicht in ihren Ländern bleiben wollten, weil es sie ohnehin nur in den deutschen Sozialstaat ziehe.

Die Wahrnehmung, daß Deutschland sein politisches Gewicht in Europa mißbraucht, um den EU-Partnern die Beteiligung an der Lösung selbstverursachter Probleme aufzuzwingen, spaltet die Europäische Union noch wirksamer als jeder Streit um unausgegebene Migrationspapiere der EU-Kommission.

## **Nation als die ausschlaggebende Schutz- und Schicksalsgemeinschaft**

### **Des Glückes Unterpfand**

**Karlheinz Weißmann**

Vergleicht man das Deutschland der Gegenwart mit dem vor dreißig Jahren, fällt sofort der Unterschied der Stimmungslage von 1989/90 auf. Es ist nichts geblieben von der Hochspannung und der Begeisterung. Das gilt vor allem für die „neuen“ Bundesländer, in denen weiland alles, was aus den „alten“ kam, enthusiastisch begrüßt wurde: die Währung, die Verfassung, die Parteien, die Mode, die Musik, die

Ernährungsgewohnheiten. Damals war „Ostalgie“ ein schwer vorstellbarer Gemütszustand. Wenn das heute anders ist, dann kaum, weil eine nennenswerte Zahl von Menschen das SED-Regime zurückhaben möchte. Eher geht es um bleibende Enttäuschung und Entfremdung.

Die haben eine Ursache in naiven Erwartungen der Bewohner des „Beitrittsgebiets“, eine andere in der Borniertheit der Kernbundesrepublikaner. Erstere ist verzeihlich, letztere nicht. Sie findet nur sinnfälligen Ausdruck darin, daß die meisten immer noch lieber nach Mailand als nach Dresden fahren. Der „Wessi“, der „Dunkeldeutschland“ nicht für einen Hort von Neonazis hält, der vermutet bei den „Ossis“ doch Aufklärungsdefizit und Zweitakter- wie Arme-Leute-Geruch.

Die Wahrnehmung, daß der Kollaps der „DDR“ auch die „BRD“ in Frage stellte, hat sich schnell verflüchtigt. Die „Berliner“ wird gemeinhin als bruchlose Fortsetzung der „Bonner Republik“ verstanden. Was nur möglich ist, weil man die historische Dimension der Vorgänge 1989/90 verdrängt hat. In einer kollektiven Gedächtnislücke ist alles verschwunden, was die Dramatik der Geschehnisse ausmachte: die Möglichkeit einer „chinesischen Lösung“, also der blutigen Niederschlagung der „Friedlichen Revolution“ oder eines unkontrollierbaren Abrutschens der Planwirtschaft, die Gefährdung der Einheit durch Kohls Beharren auf der Westbindung oder die Quertreibereien in London, Paris, Rom und Warschau oder ein Kurswechsel Moskaus in letzter Stunde.

Entscheidender als dieser Blackout ist nur die Ausblendung des größeren geschichtlichen Kontextes: daß die Ursache für die Teilung der deutsche Zusammenbruch von 1945 war, der den Siegern erlaubte, mit den Besiegten nach Gutdünken zu verfahren. Also amputierten sie das Reich im Osten und sicherten sich vom verbliebenen Rest je einen Part, den sie zum Vorposten des eigenen Blocks ausbauten und als denkbaren Kampfplatz eines Dritten Weltkriegs bereithielten.

Nichts davon spielt heute eine Rolle für das öffentliche Bewußtsein. Durchgesetzt hat sich statt dessen das Narrativ vom „Glücksfall Wiedervereinigung“ und noch stärker das von der unverdienten Gnade, die dem „Tätervolk“ zuteil wurde, über das das Weltgericht die Teilung als Strafe verhängt hatte. Entsprechende Denkmuster wurden früh verankert. Aber es gab unmittelbar nach der Wiedervereinigung noch Einspruch gegen solche Interpretationen. Besonders deutlich wird das an einem 1994 von Wolfgang Schäuble veröffentlichten Buch, das im Titel eine Zeile der DDR-Hymne zitierte – „Und der Zukunft zugewandt“ –, damit aber nur zum Ausdruck bringen wollte, daß es für Deutschland und die Deutschen um eine Neuorientierung im denkbar weitesten Sinn ging.

Wir sehen uns zurückgeworfen auf Einsichten, die vergessen wurden und mühsam wiedergewonnen werden müssen. Es geht heute um Existenzfragen. Nation und Identität gewinnen ihre entscheidende Bedeutung zurück.

Folgte man Schäuble, war die nur möglich, wenn man bestimmte Strukturfehler korrigierte, zu denen die Durchsetzung einer „individualistischen Kultur“ im Namen von „Selbstverwirklichung“ und „Emanzipation“, der Verfall der Familie und der demographische Niedergang gerechnet wurden. Aber Schäuble bezog sich auch auf eine allgemeine Formschwäche, die man in der jüngeren Vergangenheit zugelassen hatte. Damit sei es nun vorbei. Jetzt müsse man die Deutschen zu der Einsicht bringen, daß die Nation nach wie vor die ausschlaggebende „Schutz- und Schicksalsgemeinschaft“ bilde, die ein Recht auf „Selbstbehauptung“ habe, auch im Blick auf „Überwanderung oder Überfremdung“.

Schäuble gehörte zum Zeitpunkt der Veröffentlichung unbestritten zur politischen Elite: Fraktionsvorsitzender der CDU/CSU im Bundestag, aussichtsreichster Anwärter auf die Nachfolge Kohls als Kanzler, aber auch der Mann, der den Einigungsvertrag ausgehandelt hatte, der „Architekt der Einheit“. Das hat ihn nicht vor Kritik geschützt, die sich vor allem an seiner Forderung nach „Rückbesinnung auf unsere nationale Identität“ entzündete. Es ist bei einem homo politicus wie Schäuble unwahrscheinlich, daß er eine entsprechende Äußerung absichtslos gemacht hat. Es dürfte neben Überzeugung auch Kalkül im Spiel gewesen sein. Ein Kalkül, das ihn bewog, eine Position zu vertreten, der er Anziehungskraft zutraute. Anziehungskraft, die auf der Annahme gründete, daß die Deutschen nur darauf warteten, daß ihnen jemand die Rückkehr zur „Normalität“ in Aussicht stellte, das Ende des gebeugten Ganges und eines Selbstbildes, das letztlich auf Negation beruhte.

Dieses Kalkül ist nicht aufgegangen, und in der Folge hat Schäuble seine Stellung stillschweigend geräumt. Was auch damit zu erklären war, daß sich die Antipatrioten vom Wiedervereinigungsschock überraschend schnell erholten, dreist ihre Fehler und ihr Versagen in Abrede stellten und die Hatz auf alle „Normalisierungsnationalisten“ (Peter Glotz) eröffneten.

Das hätte aber nicht genügt. Was schwerer wog, war die Wucht, mit der Globalisierung und Neoliberalismus seit den 1990er Jahren nicht nur über Deutschland, sondern über den ganzen Wohlstandsgürtel hinweggingen. Jetzt schien es so, als ob die Träume aller Kosmopoliten wahr würden, das Ende der Geschichte denkbar sei, eine Welt im Entstehen begriffen, in der jeder einzelne nach Gutdünken sein Leben gestalten könne, ungehindert durch Tradition, Staat, kollektive Bindung.

Wir wissen heute, daß diese Erwartung nichts als eine Illusion war; eine gefährliche Illusion. Wir sehen uns zurückgeworfen auf Einsichten, die vergessen wurden und mühsam wiedergewonnen werden müssen. Dazu gehört, daß die Geschichte kein Ende hat, und daß sie „darwinistisch gestimmt“ (Rudolf Augstein) ist. Das heißt, es geht um Existenzfragen, die weder unter Hinweis auf den einzelnen noch unter Hinweis auf die Menschheit zu beantworten sind. Nation und Identität gewinnen ihre entscheidende Bedeutung zurück. Was bedeutet, daß der wichtigsten politischen Einheit neue Lebenskraft eingeflößt und der Widerstand gegen alle Kräfte organisiert werden muß, die ihren Bestand bedrohen.

Wenn der gesunde einzelne seine Identität auf ein besseres Ich bezieht, dann bezieht die gesunde Nation ihre Identität auf ein besseres Wir. Daraus speist sich jener „unpersönliche Stolz“, von dem Max Weber sprach und der die Nation am Leben erhält.

Wie dringlich diese Aufgabe ist, kann man dem Fortschreiten des Kulturkriegs entnehmen, der seinen letzten Höhepunkt in den „Black Lives Matter“-Protesten fand. Denn bei deren Orchestrierung ging es nicht um vermeintliches oder wirkliches Unrecht, auch nicht um das friedliche Zusammenleben von Menschen verschiedener Hautfarbe, sondern darum, unser Selbstverständnis zu treffen, den Weißen weiszumachen, daß wir nichts wert seien und unsere Vergangenheit nur Despotie, Sklaverei und Massenmord.

Dagegen hat sich selten eine Stimme erhoben, aber in Frankreich wenigstens die des Schriftstellers Denis Tillinac, der die Größe seines Vaterlandes beschwor, das das Erbe der antiken Zivilisation bewahrte und zur ältesten Tochter der Kirche wurde, dessen Menschen die Kathedralen erbaut und den Humanismus hervorgebracht haben, den Glanz der Monarchie Ludwigs XIV. wie die levée en masse der Revolutionsheere, die Grabenkämpfer des Ersten Weltkriegs und die, die in der Résistance ihr Leben gaben.

Wenn der gesunde einzelne seine Identität auf ein besseres Ich bezieht, dann bezieht die gesunde Nation ihre Identität auf ein besseres Wir. Daraus speist sich jener „unpersönliche Stolz“ (Max Weber), der die Nation am Leben erhält. Weshalb der Nationalfeiertag Gelegenheit bieten sollte, sich dessen zu erinnern, was den unpersönlichen Stolz der Deutschen ausmacht: Wir sind die, in deren Wäldern der Gedanke der Freiheit geboren wurde, wir sind die Erben Roms, wir haben Dome und Burgen errichtet und das Abendland verteidigt, an den Küsten im Norden und auf dem Lechfeld, bei Liegnitz und vor den Toren Wiens.

Wir haben die Reformation hervorgebracht – jene geistige „Welttat“, von der Fichte meinte, daß sie für ein ganzes Völkerleben genüge –, wir haben die Aufklärung vollendet und die Romantik entdeckt. Die Musik unserer Komponisten erklingt in den Konzertsälen, und die Texte unserer Philosophen – Kant, Hegel, Nietzsche, Heidegger – werden in allen Seminaren diskutiert. Wir haben ein von der Welt beneidetes Bildungssystem geschaffen (von dem nicht viel übrig ist), aus unseren Reihen stammen namenlose Tüchtige, Fleißige, Ordentliche und viele berühmte Gelehrte, Forscher und Erfinder.

Die Waffentaten unserer Soldaten haben selbst ihren Gegnern Respekt abgefordert. Und wir zählen Männer und Frauen zu unseren Helden, die den einzigen Versuch unternahmen, ein totalitäres System von innen zu stürzen. Wir sind die, die man weder durch dreißigjährige Kriege noch durch dauernde Teilungen in die Knie gezwungen hat. Wir sind die, die eine Sache um ihrer selbst willen tun, und die, denen ein starkes Warum genügt, um fast jedes Wie zu ertragen. Das sind wir!



**Dr. Karlheinz Weißmann**, Jahrgang 1959, ist Historiker, Publizist und Buchautor. Er arbeitete von 1982 bis 2020 im Höheren Schuldienst des Landes Niedersachsen. Auf dem Forum schrieb er zuletzt über die Regierungskrise in Thüringen und das Ende der liberalen Demokratie („Auftakt eines großen Dramas“, JF 9/20).

## **Ökostrom gibt's bald noch teurer**

**Der Einstieg in die teure Wasserstoffwirtschaft soll die deutsche Energiewende retten / Hilfe aus Afrika?**

**Christoph Keller**

Obwohl die Grünen die kleinste Oppositionsfraktion im Bundestag sind und „Fridays for Future“ keine Massen mehr bewegt, hat das Bundeskabinett deren Steckenpferd „Treibhausgasneutralität“ in vorseilendem Gehorsam in die Novelle des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG 2021, JF 40/20) aufgenommen: Noch vor dem Jahr 2050 soll der CO<sub>2</sub>-Ausstoß des Energiesektors netto auf null sinken. Sprich: Die Nutzung von Kohle, Gas und Erdöl sollen verboten werden.

Der Ausbau von Wind- und Solar-Anlagen stockt, aber schon 2030 sollen die „Erneuerbaren“ einen Anteil am Energiemix von 65 Prozent haben. Die installierte Windkraftleistung an Land soll sich laut EEG-Entwurf von 54 auf 71 Gigawatt (GW), die von Photovoltaik von 52 auf 100 GW erhöhen. Aber was ist bei Dunkelflauten, wenn weder Wind- noch Solarkraft genügend Strom liefern? Kohlestrom aus Polen ist keine Alternative, denn „Stromlieferungen nach Deutschland müssen treibhausgasneutral sein“, heißt es im EEG. Ob Atomstrom aus Frankreich EEG-konform ist, verrät der Gesetzentwurf nicht.

### **Ein neuer Exportschlager „Made in Germany“?**

Pump- oder Wärmespeicher und Akkus können allenfalls Lastspitzen abdecken (JF 28/20). Deshalb sollen hochflexible Gasturbinenkraftwerke die bis 2038 abzuschaltenden Kohlekraftwerke übergangsweise ersetzen. Diese stoßen nur halb soviel CO<sub>2</sub> pro Kilowattstunde (kWh) aus – aber die Stromgestehungskosten liegen dreimal so hoch wie bei Braunkohlekraftwerken. Doch das preiswerte Pipeline-Erdgas aus Rußland oder das teure Flüssiggas aus den USA oder von den Arabern ist nicht „treibhausgasneutral“. Daher werde die „Befreiung grünen Wasserstoffs von der EEG-Umlage“ ins EEG 2021 eingebaut, versprach vorige Woche Wirtschaftsminister Peter Altmaier (CDU), bevor er sich vorsorglich in die Corona-Quarantäne verabschiedete. Die ehrgeizige „Nationale Wasserstoffstrategie“ dazu wurde bereits im Juni vorgestellt. Deutschland solle „Weltmeister“ auf diesem Forschungsgebiet werden, um mit diesem „neuen Exportschlager ‘Made in Germany’ weltweit Standards zu setzen“, versprach Forschungsministerin Anja Karliczek (CDU).

Bis 2025 stehen für die „Wasserstoffrepublik Deutschland“ neun Milliarden Euro bereit, um „schnell in die großindustrielle Anwendung“ einsteigen zu können. Die Wunderwaffe Wasserstoff (H<sub>2</sub>) sei die „absolute Schlüsseltechnologie des 21. Jahrhunderts“. Und die Elektrolyse (Power-to-Gas/P2G), die Zerlegung von Wasser in H<sub>2</sub> und Sauerstoff (O<sub>2</sub>) durch Gleichstrom, ist den meisten aus dem Schulunterricht bekannt.

Dadurch und durch die kontrollierte, Energie freisetzende H<sub>2</sub>-Verbrennung zurück zu Wasser, ließe sich, so kommentiert Konrad Schönleber, Physiker am Deutschen Museum in München, im Prinzip ein „schadstoffarmes, sicheres und nachhaltiges Energiesystem“ etablieren. Ein P2G-System könnte – auf Ökostrom umgestellt – den nicht gesicherten Energiebedarf in Industrie, Verkehr und Privathaushalten befriedigen. Der Realisierung stünden keine technologisch unüberwindlichen Hürden im Wege (Kultur&Technik, 2/20).

Doch das blendet die ökonomischen, ökologischen und gesellschaftspolitischen Dimensionen aus. H<sub>2</sub> muß für die Turbinen und Brennstoffzellen der Autos erst hergestellt werden – dabei gehen je nach Verfahren 20 bis 40 Prozent der Energie verloren. Hinzu kommen Verluste bei der Verdichtung (etwa 15 Prozent) oder Verflüssigung (bis zu 25 Prozent) für den H<sub>2</sub>-Transport. Beim P2G-Verfahren und der Rückverstromung gehen praktisch etwa 60 Prozent des eingesetzten Wind- und Sonnenstroms verloren. Sprich: P2G-Strom ist etwa dreimal so teuer.

Für die Minister Altmaier, Karliczek oder ihre ähnlich optimistische SPD-Kollegin Svenja Schulze (Umwelt) sowie die „grünwirtschaftliche“ Sympathisantenszene ist P2G per Wind- und Sonnenstrom das Ei des Kolumbus. Das Wundergas sei „ein Energiespeicher, der angebotsorientiert und flexibel erneuerbare Energien speichern und einen Beitrag zum Ausgleich von Angebot und Nachfrage leisten kann“ – sprich: H<sub>2</sub> soll die Malaise der teuren Zwangsabschaltungen bei Dunkelflauten und die der Speicherung „überschüssigen“ Wind- und Sonnenstroms beenden.

### **Zukünftiger Grundstoff für „grüne“ Produktionsprozesse**

Der an windigen und sonnenreichen Tagen zuviel erzeugte Strom soll künftig in Elektrolyse fließen – daher Altmaiers Reduzierung der EEG-Umlage für „grünen Wasserstoff“. Grüne Politiker wie der Kieler Umweltminister Jan Philipp Albrecht fordern eine komplette Befreiung – wer die entsprechenden EEG-Einnahmeverluste deckt, verraten beide nicht. Die heutigen, tausendfachen Ausnahmen von der EEG-Umlage für energieintensive Unternehmen tragen die Privathaushalte und die nicht bevorzugten Firmen ohne politische Lobby.

H<sub>2</sub> soll zudem „durch die Verwendung als Grundstoff weiterer Produktionsprozesse“ auch die Industrie „dekarbonisieren“. Wasserstoff müsse beispielsweise Steinkohlenkoks bei der Erzeugung von Primärstahl ersetzen. Sogar die Zementindustrie könne so dekarbonisiert werden – da das extrem teuer wäre,

diskutiert nicht nur die EU-Kommission schon CO<sub>2</sub>-Zölle für Importe aus Drittstaaten. Doch für all das gibt es in Deutschland einfach nicht genügend „Erneuerbare Energien“, um den riesigen P2G-Bedarf zu decken. Wollte man dies ändern, müsste sich Deutschland, das bereits mit 30.000 Windkraftanlagen „verspargelt“ ist, in einen einzigen Monster-Windpark mit 150.000 bis 200.000 Turbinen verwandeln.

Mehr Sonne und Platz gibt es in Afrika. Darum vereinbarte Ministerin Karliczek mit ihrem Ressortkollegen Yahouza Sadissou aus Niger und dem 2010 mit deutschem Geld gegründeten Kompetenzzentrum zur wissenschaftlichen Unterstützung gegen den Klimawandel und dem Landmanagement in Westafrika (Wascal) eine „strategische Partnerschaft“. Diese soll die Erzeugung von Solarstrom in sonnenreichen Staaten wie Niger oder Mali ankurbeln, der dort in P2G fließt. Angesichts der Wasserarmut in der notorischen Krisenregion eine ambitionierte Planung: 2030 sollen zwölf Millionen und 2050 43 Millionen Tonnen H<sub>2</sub> auf noch ungeklärten Wegen zum deutschen Verbraucher gelangen.

Für den Pipelinetransport müsste das Sahara-H<sub>2</sub> stark komprimiert, für die Schiffsverladung verflüssigt und kühl gehalten werden – und das ist viel teurer und technisch schwieriger als bei Putins oder Trumps Erdgas (JF 39/20), das hauptsächlich aus den viel größeren Molekülen Methan (CH<sub>4</sub>), Äthan (C<sub>2</sub>H<sub>6</sub>) und Propan (C<sub>3</sub>H<sub>8</sub>) besteht. Sicherheitstechnisch ist der H<sub>2</sub>-Transport in industriellem Maßstab nicht erprobt.

Auch das H<sub>2</sub>-Tankstellennetz müsste ähnlich dicht geknüpft werden wie das für Benzin und Diesel. Doch nicht einmal für die 2008 von Angela Merkel für 2020 versprochenen eine Million E-Autos auf deutschen Straßen gibt es bis heute genügend Ladestellen – von den entsprechenden Fahrzeugen (2019: 136.617, also 0,3 Prozent von 58,2 Millionen Kfz) ganz zu schweigen.

[www.bmbf.de](http://www.bmbf.de)

[wascal.org](http://wascal.org)